

ENTPOLITISIERUNG UND EXPERTENHERRSCHAFT: Zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie in Zeiten der Klimakrise

Beitrag zur von der HEINRICH BÖLL STIFTUNG und dem WUPPERTAL INSTITUT FÜR KLIMA, UMWELT, ENERGIE
gemeinschaftlich veranstalteten Vortragsreihe VORDENKEN.
Berlin, Heinrich Böll Stiftung, 17. Juni 2010

Ingolfur Blühdorn (University of Bath, GB)

I.Bluehdorn@bath.ac.uk

1. Der ökologische Notstand

Seit vielen Jahren schon beobachten und beklagen Politikwissenschaftler und politische Journalisten in entwickelten demokratischen Industriegesellschaften wie z.B. der Bundesrepublik eine Tendenz zur Entpolitisierung (vergl. z.B. Maier 2000; Dalton 2004; Wiesendahl 2006; Embacher 2009).

Diese – übrigens keineswegs unumstrittene – Diagnose bezieht sich einerseits, auf der Seite der Bürger, auf die Feststellung einer abnehmenden Bereitschaft zur politischen Organisation und Partizipation, auf das schwindende Vertrauen in die Fähigkeit oder auch nur den ernsthaften Willen der politischen Eliten, die Interessen der Bürger wirklich angemessen zu vertreten und die drängenden Probleme effektiv zu lösen, und auf die zunehmende Konzentration der Bürger auf das Management des eigenen, immer anspruchsvoller und vielschichtiger werdenden Lebens. Dies sind die Phänomene, die gängigerweise unter dem Schlagwort der Politikverdrossenheit und zuweilen sogar Demokratieverdrossenheit diskutiert werden.

Andererseits bezieht sich diese Diagnose der Entpolitisierung, auf der Seite der Regierenden, auf deren abnehmendes Vertrauen in diskursive und partizipatorische Verfahren, auf die zunehmende Personalisierung, Präsidentialisierung, Entparlamentarisierung der Politik, auf die Hoffnung auf die Effizienz des Marktes, und auf die wachsende Bedeutung im Prozess des Regierens von Expertenkommissionen, professionellen Politikberatern und allerlei Regulierungsbehörden und Verwaltungsagenturen, die nicht demokratisch, sondern durch die ihnen zugeschriebene Sachkompetenz und Effizienz legitimiert sind. Hier bedeutet Entpolitisierung, dass politische Themen und Entscheidungskompetenzen aus der politischen Arena herausgenommen und an Institutionen delegiert werden, von denen erwartet wird, dass sie nicht nach politischen Kriterien, sondern ausschließlich auf der Grundlage von professionellem Sachverstand urteilen.

Im Zeichen der sich zuspitzenden Nachhaltigkeitskrise und nach dem katastrophalen Scheitern des UN-Klimagipfels in Kopenhagen werden auch – und gerade – in der Klima- und Umweltpolitik die Zweifel an den Fähigkeiten der Politik und der Ruf nach Entpolitisierung und Expertenherrschaft im Namen von höherer umweltpolitischer Effizienz und Effektivität lauter denn je.

Es bestehen grundsätzliche Zweifel, ob die Politik – und gerade die demokratische Politik – wirklich in der Lage ist, in wirksamer Art und Weise dem Klimawandel entgegenzutreten oder gar eine Wende zur Nachhaltigkeit zu organisieren. Die offensichtliche Unfähigkeit der Politik, auf die fundamentale Krise des globalen Finanzsystems zu reagieren, ihr Versagen hinsichtlich der sich immer weiter verschärfenden sozialen Ungleichheit, oder die völlige Hilflosigkeit, mit der die Politik etwa der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko gegenübersteht, sind Wasser auf die Mühlen derer, die befürchten, dass es der Politik sowohl am Willen als auch an der Fähigkeit fehlt, die z.B. vom Weltklimarat dringend eingeforderten Maßnahmen zur Abwendung einer sozialen und ökologischen Katastrophe zu implementieren.

Im gleichen Maße aber, wie die Klimakrise und die Nachhaltigkeitskrise insgesamt sich weiter verschärfen, treiben wir auf eine Art ökologischen Notstand zu, in dem es dann immer angemessener und notwendiger erscheinen wird, demokratische Rechte und Verfahren zugunsten von schnellem und effektivem Handeln nach den Vorgaben von Experten auszusetzen. Diese mit dem Notstand gerechtfertigte Aushöhlung demokratischer Rechte und Verfahren ist beispielsweise vom Kampf gegen den Terrorismus oder auch vom Kampf um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft her bestens bekannt.

2. Expertengläubigkeit versus Demokratievertrauen

Die Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Politik, und gerade der Demokratie, im Hinblick auf die Bewältigung von Umweltproblemen sind natürlich nicht neu. In den 1970er Jahren waren sie durchaus verbreitet, und öko-autoritäre Ansätze fanden einige Zustimmung.

Im Zuge der neuen sozialen Bewegungen aber setzte sich dann die emanzipatorisch-linke Ansicht durch, dass Ökologie und Demokratie untrennbar miteinander verbunden seien. Die neuen sozialen Bewegungen und in ihrem Gefolge die Partei der Grünen entwickelten einen emphatischen emanzipatorisch-demokratischen Optimismus – obwohl man klar sehen muss, dass auch die frühen Grünen schon in gewisser Hinsicht die Entpolitisierung des Umweltthemas betrieben haben:

Sie positionierten sich und ihre Themen nämlich jenseits von rechts und links, also jenseits der etablierten Politik. Sie insistierten, dass gerade ökologische Themen Überlebens Themen und Menschheitsthemen seien, die auf der Grundlage einer jenseits des politischen Streites und jenseits allen politischen Kalküls stehenden authentischen Vernunft behandelt werden müssten.

Weil aber ihre politische Agenda weit über die Ökologie hinausreichte, forderten sowohl die neuen sozialen Bewegungen als auch die Grünen gleichzeitig auch die radikale Demokratisierung der politischen und gesellschaftlichen Institutionen. Hier

eröffnete sich ein Spannungsfeld, in dem Grüne Politik seither immer gestanden hat, und ein Widerspruch, an dem Grüne Politik sich seither immer abgearbeitet hat.

Seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre hat sich dann schleichend das Paradigma der *ökologischen Modernisierung* (Huber, Jänicke, Mol) durchgesetzt, das die genuin politischen Fragestellungen der politischen Ökologie schrittweise in technologische und naturwissenschaftliche Fragen und in Fragen des Managements umwandelte. Dieses Paradigma der ökologischen Modernisierung, das sich auch die Grünen in den 1990er Jahren schrittweise zueigen gemacht haben, beherrscht heute national und international die Umweltpolitik in hegemonialer Weise. Es hat einerseits die Perspektive der politischen Ökologie wesentlich verengt und andererseits das Umweltthema umfassend entpolitisiert.

Entgegen den Behauptungen und Versprechungen der Wortführer dieses Paradigmas haben aber die Politikansätze der ökologischen Modernisierung nie den nicht nur von Ökologen dringend geforderten strukturellen Wandel der ressourcenintensiven und wachstums- und konsumsüchtigen Industriegesellschaft leisten können (vergl. Blühdorn 2010).

Und wo sich die Nachhaltigkeitskrise nun nicht nur in ihrer ökologischen Dimension zuspitzt, wird der Ruf nach der Politik plötzlich wieder laut. Dies ist aber häufig nicht der Ruf nach mehr demokratischer Politik, sondern vielmehr der Ruf nach starken Institutionen, die auf der Grundlage von wissenschaftlicher Erkenntnis einen klaren politischen Ordnungsrahmen vorgeben, strikt auf die Einhaltung dieser Vorgaben achten und verlässlich Sicherheit vor drohenden Umweltgefahren gewährleisten.

Schon Ende der 90er sprach die kanadische Umweltethikerin Laura Westra im Hinblick auf den Grünen Grundwert der ökologischen Integrität von "the failure of Liberal Democracy" (Westra 1998: 53-80), also von Demokratieversagen. Im Gegensatz zum Demokratievertrauen der neuen sozialen Bewegungen und grüner Parteien sah Westra die Demokratie zunehmend als Teil des Problems, nicht mehr als Teil der Lösung.

Die einzige Hoffnung im Kampf gegen die sich zuspitzende Umweltkrise sah Westra schon damals in der Schaffung einer globalen Regulierungsbehörde, die in paternalistischer Art und Weise *top-down* und präskriptiv die Vorgaben einer aus Biologen, Ökologen, Politikwissenschaftlern, Medizinerinnen und Philosophen gebildeten Expertenkommission implementieren sollte (Westra 1998: 198f). Nur eine solche Expertenkommission, die die Rolle des *weisen Mannes* aus der Aristotelischen Lehre übernehmen sollte, könne mit umweltpolitischen Entscheidungen betraut werden, die unmittelbare Bedeutung für das zukünftige Leben auf der Erde haben (Westra 1998: 198f).

In nicht unähnlicher Weise sprach sich jüngst auch Anthony Giddens in seinem Buch *The Politics of Climate Change* für einen „aktiven interventionistischen Staat“ als „all-important“ umweltpolitischen Akteur aus (Giddens 2009: 5). Giddens ist sich

natürlich der Fehler der sozialistischen Planungswut bewusst, aber gerade in der Umweltpolitik – die er übrigens völlig auf die Klimapolitik verengt (Giddens 2009: 55f) – fordert er dennoch eine Rückkehr zu zentralisierter Planung (Giddens 2009: 91-128) und zum „Gewährleistungsstaat“ (*ensuring state*), der in der Lage sein soll, nicht nur ambitionierte Zielvorgaben zu formulieren, sondern auch garantierte Politikergebnisse zu erreichen (Giddens 2009: 7, 8, 69).

Giddens greift die alte Grüne Formel des *jenseits von rechts und links* wieder auf (Giddens 2009: 7, 113) und fordert explizit, die Klimapolitik zu entpolitisieren. Sie soll von einem parteiübergreifenden Konsens getragen und in einer Form institutionalisiert werden, die vom parteipolitischen Wettbewerb und kurzen Regierungszyklen isoliert ist (Giddens 2009: 7, 113-114). Die Grüne Selbstverpflichtung auf den Wert der partizipatorischen Demokratie hält Giddens für umweltpolitisch nicht zielführend, für mit Werten des Klimaschutzes eigentlich auch unverbunden und daher insgesamt für verzichtbar (Giddens 2009: 56).

Und auch Peter Burnell deutet in seiner für die Heinrich Böll Stiftung (HBS) angefertigten Studie *Klimawandel und Demokratisierung* an, eine weitere Demokratisierung könne im Hinblick auf den Umwelt- und Klimaschutz „dysfunktional“ sein, und „in manchen Ländern“ könnten „die Interessen an einem starken Klimaschutz durchaus dafür sprechen, dass Investitionen in die Leistungsfähigkeit und Regierungsführung des Staates vor dem Weg zu einer freiheitlichen Demokratie Vorrang haben sollte“ (Burnell 2009a).

Aus der Perspektive der emanzipatorischen sozialen Bewegungen und der Grünen, die aus diesen Bewegungen hervorgegangen sind, sind dies schwer erträgliche Überlegungen – obwohl natürlich auch die Grünen in jüngerer Zeit sehr auf die Wichtigkeit starker politischer Leitplanken und eines klaren politischen Ordnungsrahmens gepocht haben. Entsprechend vehement verteidigt z.B. Peter Siller in seinem Text *Demokratie und Klimawandel: Ökologen als Vordenker einer Expertokratie* (Siller 2010) den demokratischen Ansatz:

Siller betont ganz zurecht, dass Entpolitisierung und die reine Expertenheerrschaft in der Klimapolitik – wie auch in anderen Politikbereichen – gar keine Option sein können, weil nämlich „aus naturwissenschaftlichem Sachverstand noch keine normativ-politische Perspektive folgt“. Die Politik aber kann nie ohne eine solche normative Perspektive auskommen. Siller kritisiert „die latente Demokratieskepsis eines Teils der Umweltaktivisten“ und insistiert, „dass eine Lösung der Klimakrise [überhaupt] nur demokratisch zu bewerkstelligen“ sei. Entsprechend sieht er die Aufgabe darin, „Demokratie als zentrales Element einer Klimastrategie, die auf Freiheit und Gerechtigkeit fußt, gegen Ökotechnokraten und Kulturpessimisten herauszustellen“ (Siller 2010).

Und ganz ähnlich fordern z.B. auch Claus Leggewie und Harald Welzer, dass „politische und bürgerschaftliche Partizipation“ ein „integraler Bestandteil einer künftigen Klimapolitik *von unten*“ sein müsse (Leggewie und Welzer 2008: 29). Sie

argumentieren, der Umbau der Industriegesellschaft könne nur dann funktionieren, „wenn er als Projekt angelegt wird, in das sich die Gesellschaftsmitglieder identitär einschreiben können, ihn also als *ihr* Projekt begreifen“. Das wiederum setze aber voraus, dass „das Politikangebot partizipatorisch und aktivierend gedacht ist“, dass also „die Betroffenen zu Mitwirkenden werden und in die Operationalisierung klimapolitischer Vernunft einbezogen werden“ (Leggewie und Welzer 2008: 30, 41).

Ähnlich wie für Siller ist daher auch für Leggewie und Welzer die „Revitalisierung von Teilhabe und Mitsprache“ (Leggewie und Welzer 2008: 41) der einzig erfolgversprechende Weg im Kampf gegen die Klimakrise. Entpolitisierung, Expertenherrschaft und Planungsstaat weisen sie entschieden zurück.

3. Die Frage nach der „political capacity“

Im Sinne der emanzipatorischen Tradition nicht nur bei den Grünen sind diese Kritik an der Expertenherrschaft und dieses Vertrauen in die demokratische Alternative völlig verständlich und richtig. Siller, Leggewie, Welzer und viele andere, die in ähnlicher Weise argumentieren, begehen aber den Fehler, von der unbestrittenen Untauglichkeit der Expertokratie zu schnell auf die größere Tauglichkeit partizipatorisch-demokratischer Ansätze zu schließen. Die Behauptung aber, dass „eine Lösung der Klimakrise nur demokratisch zu bewerkstelligen“ sei (Siller 2010), und dass, wie auch die HBS insistiert, „Ökologie und Demokratie untrennbar mit einander verbunden“ seien (Vorwort zu Burnell 2009b), hat allenfalls als normative Forderung Bestand, nicht jedoch aus der Perspektive der empirischen Politikwissenschaft oder der politischen Theorie.

Im Gegenteil muss man ganz klar feststellen, dass es zwischen Ökologie und Demokratie keinen notwendigen Zusammenhang gibt, selbst wenn in demokratisch verfassten Gesellschaften, der Tendenz nach ein höheres Umweltbewusstsein, eine strengere Umweltgesetzgebung und höhere Umweltstandards zu beobachten sind als in Nichtdemokratien.

Und den Beweis, dass die Demokratie – gerade unter den Bedingungen der Gegenwart – überhaupt zu leisten im Stande ist, was sie von ihr einfordern, erbringen Siller, Leggewie, Welzer und viele andere, die ähnlich normativ argumentieren, nicht. Ja, sie versuchen es nicht einmal, d.h. sie fragen gar nicht nach dem derzeitigen Zustand und der heutigen Leistungsfähigkeit der Demokratie, sondern sie belassen es einfach bei der normativen Forderung.

Sehr viel vorsichtiger und weniger normativ ist da Peter Burnell in seiner Studie über die klimapolitische Bedeutung der Demokratisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Burnell formuliert ganz richtig als die entscheidende Aufgabe: „Wir müssen die politische Fähigkeit der aufstrebenden Wirtschaftsnationen und neuen Demokratien untersuchen, auf den Klimawandel zu reagieren“ (Burnell 2009b: 8, ähnlich 9). „Es ist entscheidend zu wissen ob die Demokratisierung einer

angemessenen Antwort auf den Klimawandel zuträglich oder eher hinderlich ist“ (Burnell 2009b: 11).

Burnell stellt diese Frage nach der „political capacity“ im Hinblick auf aufstrebende Wirtschaftsnationen und junge Demokratien, aber sie ist mindestens ebenso wichtig im Hinblick auf die etablierten Wirtschaftsmächte und ihre erodierenden Demokratien:

Inwieweit ist die Demokratie in fortgeschrittenen Industrienationen wirklich in der Lage, das zu leisten, was die Kritiker der Entpolitisierung und Expertenherrschaft von ihr verlangen? Das ist die Frage, der wir im Detail nachgehen müssen.

Klar ist: Wer den demokratischen Weg zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit einfordert, der muss sich erstens über den derzeitigen Zustand der Demokratie und ihre Kapazitäten orientieren – das ist Aufgabe der Politikwissenschaft – und der muss zweitens nach der Diagnose dessen, was die Demokratie gegenwärtig leisten und nicht leisten kann, daran gehen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Demokratie tatsächlich leisten kann, was sie leisten soll – das ist Aufgabe politischer Akteure wie z.B. politischer Stiftungen und politischer Parteien.

Mit diesen beiden Aufgaben will ich mich nun im verbleibenden Teil meines Vortrages etwas näher beschäftigen, denn in beiden Hinsichten gibt es meines Erachtens in der gegenwärtigen Diskussion bei der Heinrich Böll Stiftung, beim Wuppertal Institut und auch bei den Grünen erhebliche Defizite.

Dabei ist gerade für die HBS und die Grünen dieses Durchdenken der Kapazitäten der Demokratie in fortgeschritten modernen Gesellschaften fundamental wichtig, denn die Grünen und die HBS haben sich den *Green New Deal* (GND) ganz groß auf die Fahnen geschrieben haben, dessen entscheidendes Standbein – neben der forcierten Entwicklung von innovativen Effizienztechnologien – die politische Regulierung und Steuerung des Marktes und der Innovationstätigkeit ist.

Im Grünen Programm für die Bundestagswahl 2009 wurde der GND als das Herzstück eines *Grünen Neuen Gesellschaftsvertrages* dargestellt. Wenn aber der GND wirklich hinausgehen soll über traditionelle Ansätze der *ökologische Modernisierung* wie wir sie bereits seit den 1980er Jahren kennen, wie sie heute international die Umweltpolitik beherrschen, und wie sie definitiv nicht in der Lage sind, die Wende zur Nachhaltigkeit zu organisieren, sind der Primat der Politik, der politische Ordnungsrahmen, die politischen Leitplanken, die die Grünen ganz zurecht in ihren programmatischen Schriften so stark betonen, absolut zentral.

Und da müssen wir uns dann die/der Frage stellen, wo dieser normative Ordnungsrahmen eigentlich herkommen soll. Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit die Politik die Kraft aufbringt, einen solchen normativen Ordnungsrahmen zu schaffen, zu legitimieren und dauerhaft durchzusetzen? Und wie kann man die

Kraft der Politik, einen solchen Ordnungsrahmen zu schaffen und durchzusetzen, gegebenenfalls erhöhen?

Ganz entscheidend ist es an dieser Stelle, noch einmal hervorzuheben, dass schon heute das Haupthindernis für eine effektivere Klimapolitik und für den strukturellen Wandel fortgeschrittener Industriegesellschaften zur Nachhaltigkeit nicht technologischer sondern vor allem politischer Natur ist. Die Technologie ist in vielen Fällen längst da. Woran es aber fehlt ist der politische Wille und die politische Fähigkeit, sie konsequent einzusetzen (vergl. Blühdorn 2010).

Die entscheidende Baustelle ist also die Kapazität, die Kraft, für politische Regulierung und Steuerung, und zwar keineswegs nur der erst noch zu erfinden Technologien, sondern ebenso der bereits etablierten Technologien und sozialen Praktiken. An dieser Baustelle sind die HBS, das Wuppertal Institut und auch die Grünen jedoch auffällig wenig aktiv.

Diese Regulierung und Steuerung kann nun theoretisch entweder auf partizipatorisch-demokratischem oder auf expertokratisch-autoritärem Wege erreicht werden. Die HBS und die Grünen haben sich bekanntlich auf die partizipatorisch-demokratische Variante festgelegt, und da ich (ohne das hier näher ausführen zu wollen) die Grünen Bedenken gegen den expertokratisch-autoritären Weg uneingeschränkt teile, will ich also tun, was Siller, Leggewie, Welzer und viele andere nicht tun: nämlich etwas genauer nachfragen, wie es um die Demokratie und ihre umweltpolitische Kapazität in modernen Konsumgesellschaften eigentlich bestellt ist.

Welche Aussichten bestehen tatsächlich, dass wir auf partizipatorisch-demokratischem Wege einen effektiven politischen Ordnungsrahmen für die Begrenzung des Klimawandels und für den strukturellen Umbau moderner Konsumgesellschaften schaffen und auch in der Praxis durchsetzen können? Wieviel Hoffnung dürfen wir in demokratische Verfahren wirklich investieren? Wieviel demokratischer Optimismus ist wirklich gerechtfertigt?

Meine Antwort auf diese Fragen wird leider nicht eben positiv ausfallen, aber um alle Missverständnisse zu vermeiden, sei noch einmal betont, dass der Sinn meiner Überlegungen auf keinen Fall sein soll, etwa der Entpolitisierung und Expertenherrschaft das Wort zu reden. Vielmehr geht es darum, eine Agenda zu schmieden, die nicht nur oberflächlich von demokratischer Partizipation schwärmt, dabei aber ohne dies zu wollen oder gar zu merken, der Entpolitisierung und Expertenherrschaft Vorschub leistet, sondern die tatsächlich die Bedingungen für demokratische Strategien für den Klimaschutz und Nachhaltigkeitswandel verbessert.

4. Demokratie und Nachhaltigkeit

Bei der Frage nach den umwelt- und klimapolitischen Kapazitäten demokratischer Strukturen sind wir nun mit dem Doppelproblem konfrontiert, dass erstens trotz der

Grünen Überzeugung, dass Demokratie und Ökologie untrennbar miteinander verbunden sind, die Demokratie immer schon gewisse Probleme mit der Ökologie und der Nachhaltigkeit hatte. Zweitens hat gerade in jüngerer Zeit der fortlaufende Prozess der Modernisierung zusätzlich noch die Grundlagen der Demokratie in einer Weise angegriffen, die die Nachhaltigkeit oder Zukunftsfähigkeit der Demokratie selbst in Frage stellt. Die beiden Dimensionen dieses Doppelproblems will ich kurz jeweils einzeln beleuchten.

Die Spannungen, die zwischen Demokratie und Ökologie immer schon bestanden haben, sind eigentlich weidlich bekannt und in ihren Kernpunkten schnell umrissen:

- Die Demokratie ist anthropozentrisch und nur sehr eingeschränkt in der Lage, all dasjenige angemessen zu repräsentieren – etwa die Eisbären oder den Regenwald –, was keine Stimme hat und sich nicht in elektoral relevanter Weise artikulieren kann.
- Die Demokratie ist sowohl auf der Seite der Wähler als auch auf der Seite der Gewählten stark gegenwartsfixiert. Sie priorisiert die Interessen den jeweiligen Moments und denkt der Tendenz nach in kurzen Zeitabschnitten, zumeist in Wahlperioden oder ökonomischen Konjunkturzyklen. Sie ist daher nur eingeschränkt fähig, der Zukunft und den Interessen zukünftiger Generationen angemessenes Gewicht zu geben.
- Die Demokratie tendiert zum Kompromiss, auch in Fällen wo Kompromisslösungen nicht unbedingt zielführend sind.
- Demokratische Verfahren sind langsam und ressourcenaufwendig – und insbesondere immer zu langsam und zu teuer für die jeweils akute Krise.
- Die Demokratie richtet ihre Politik nach der Mehrheit aus, aber die Präferenzen der Mehrheit entsprechen nur selten dem im Sinne von Nachhaltigkeit und Ökologie Vernünftigen.
- Die Demokratie ist geographisch beschränkt. Sie tut sich schwer damit, Mehrheiten zu generieren für Politiken, die den Wählern Kosten oder Beschränkungen auferlegen, von denen nicht sie selbst, sondern vor allem Menschen in anderen Ländern und Erdteilen profitieren sollen.
- Schließlich ist die Demokratie grundsätzlich emanzipatorisch, d.h. sie ist immer gerichtet auf die Expansion persönlicher Rechte und die Verbesserung der persönlichen Lebensumstände – was in aller Regel primär als Verbesserung der *materiellen* Verhältnisse und Ausdehnung der *materiellen* Ansprüche ausgelegt wird. Die Demokratie ist damit ungeeignet für jede Form der die Mehrheit betreffende Einschränkung von Rechten und materiellen Verhältnissen.

Wenig Wunder also, dass es schon früh Zweifel an der Fähigkeit der Demokratie gegeben hat, das Umweltproblem zu lösen, und dass sie von manchem eher als Teil des Problems denn als Schlüssel zur Lösung gesehen wurde.

Schon Hans Jonas, dessen 1979 veröffentlichtes Buch *Das Prinzip Verantwortung* unumstritten zu den Kerntexten Grünen Denkens gehört, hatte klar gesehen, dass die Umweltkrise Maßnahmen verlangt „und immer mehr verlangen wird“, die „das Eigeninteresse der Betroffenen sich spontan nicht auferlegt hätte“, und „die demnach, wenn sie gar die Majorität treffen, im demokratischen Prozeß schwer zum Beschluß gebracht werden können“ (Jonas 1984: 262).

Auch Jonas hatte daher geglaubt, „nur eine Elite“ könne „ethisch und intellektuell“ die erforderliche „Zukunftsverantwortung übernehmen“ und wünschte sich – wohlwissend welche Probleme da im Wege stehen – „eine wohlwollende, wohlinformierte und von der richtigen Einsicht beseelte Tyrannis“ (Jonas 1984: 262).

Allerdings war es dann gerade das Mißtrauen gegenüber den (politischen und wirtschaftlichen) Eliten, gepaart mit dem neuen politischen Selbstvertrauen einer durch Bildungsreform und Wirtschaftswachstum zu erheblichem Selbstbewusstsein gelangten Mittelschicht, was die *partizipatorische Revolution* (Kaase) auslöste und der Ansicht den Weg bahnte, dass die demokratische Lösung der einzig aussichtsreiche Weg sei.

Während die einen also frühzeitig Defizite der Demokratie diagnostizierten, diagnostizierten die anderen vor allem ein Demokratiedefizit, und forderten entsprechend eine umfassende Demokratisierung der Demokratie.

Demokratie und Demokratisierung konnten aber nur so lange als taugliches Mittel für ökologische Ziele angesehen werden, wie vor allem die Eliten, die Institutionen, die Autoritäten, also die Repräsentanten der *falschen Logik des Systems*, als die Ursache des Umweltproblems angesehen werden konnten, und die Bürger demgegenüber als die Subjekte einer *unterdrückten authentischen Vernunft*, die es zu befreien und an die Macht zu bringen galt.

Umgekehrt formuliert: Der emanzipatorisch-demokratische Optimismus verliert in dem Moment seinen Boden, in dem Emanzipation nicht mehr als Befreiung aus der *das authentische Selbst knechtenden Logik* des Industrialismus, des Produktivismus, der Effizienz, des Konkurrenz- und Rationalisierungsdrucks, des Wachstumszwangs und des Konsumterrors verstanden wird, sondern systemimmanent und systemkonform ausgelegt wird als Anspruchs-, Wohlstands- und Konsumvermehrung.

Der emanzipatorisch-demokratische Ansatz wird also in dem Moment zum Problem, wo der demokratische Souverän selbst zum Repräsentanten des Systems der Nichtnachhaltigkeit wird und nicht mehr als Subjekt einer ökologisch und sozial nachhaltigen Vernunft gesehen werden kann.

Genau dies ist aber in modernen Konsumentendemokratien längst geschehen. Im Zuge der fortlaufenden Modernisierung haben sich nämlich das dominante Verständnis von Freiheit und Emanzipation und die dominanten Muster der Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung grundlegend verändert.

Dies bringt mich zur zweiten Dimension des eben beschriebenen Doppelproblems.

5. „Liquid Identity“ und postdemokratische Wende

Der entscheidende Punkt ist hier der sowohl in der Demokratietheorie als auch in der Nachhaltigkeitsdebatte weithin vernachlässigte Werte- und Kulturwandel hin zu dem, was in Analogie zu Zygmunt Baumanns Theorem der „flüchtigen Moderne“ (Bauman 2003) mit dem Oxymoron *liquid identity*, also flüchtige oder flüssige Identität beschrieben werden könnte.

Dieser Begriff zielt auf den in den Kulturwissenschaften längst anerkannten Umstand, dass in fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften das bürgerlich-modernistische Ideal der unitären und stabilen Identität, das zuletzt von den neuen sozialen Bewegungen emphatisch erneuert worden war, abgelöst worden ist vom – oder besser ergänzt worden ist um das – eigentlich in sich widersprüchliche Ideal der fragmentierten und flexiblen Identität.

Unter den Bedingungen heutiger Wettbewerbs- und Konsumgesellschaften ist die alte Idealvorstellung des *identischen Subjekts* mit all ihren Implikationen von Konsistenz, Konsequenz, Moralität und Selbstdisziplin nämlich kontraproduktiv und zur Belastung geworden. Flexibilität, Vielseitigkeit, Mobilität und Innovationsbereitschaft sind demgegenüber nicht nur unbedingte Konditionen des modernen Arbeitsmarktes und beruflichen Erfolges, sondern sie scheinen auch ein breiteres Spektrum an Möglichkeiten für ein volleres und erfüllteres Leben zu eröffnen; sie versprechen zusätzliche Optionen zur Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung.

Das Selbstverständnis und Identitätsideal fortschrittlicher Bürger ist daher vielschichtiger, flexibler, dynamischer, innovationsoffener, flüchtiger und toleranter gegenüber internen Widersprüchlichkeiten geworden – und zwar nicht aus Versehen und gegen den Willen der Menschen, sondern durchaus – zumindest auch – aus einem emanzipativen Bemühen heraus.

Nun ist aber erstens dieses neue, von der Wirtschaft eingeforderte und von den Bürgern selbst präferierte Selbstverständnis in mehrfacher Hinsicht fundamental nicht-nachhaltig und nicht zukunftsfähig. Zweitens geht mit diesem Werte- und Kulturwandel eine Neubestimmung des Emanzipationsbegriffes einher, die der Hoffnung auf partizipatorisch-demokratische Lösungsansätze zur Bewältigung der Klima- und Nachhaltigkeitskrise jeglichen Boden entzieht.

Fundamental nicht-nachhaltig ist das moderne Ideal der „liquid identity“

- insofern es *per definitionem* flexibel, flüssig und flüchtig, also eben gerade nicht, konsequent, konsistent und konstant ist;
- insofern es stark auf die Gegenwart fixiert ist, nach Maßgabe der jeweils gegebenen Bedingungen immer neu entworfen wird und sich dabei weder der Vergangenheit noch der Zukunft in besonderem Maße verpflichtet fühlt;
- und insofern es als Mittel der Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung ganz wesentlich auf Konsumhandlungen setzt, wobei es insbesondere auf den Symbol- und Neuigkeitswert der Konsumgüter ankommt, die entsprechend möglichst schnell wieder ausgetauscht werden müssen.

Im gleichen Maße aber wie ein solches *per definitionem* nicht-nachhaltiges und nicht zukunftsfähiges Selbstverständnis und Identitätsideal zur gesellschaftlichen Norm wird, wird man davon ausgehen müssen, dass die Bürger eben diese Norm und die auf sie gegründeten Interessen in den demokratischen Prozess einspeisen werden und repräsentiert sehen wollen. Bezüglich der Aussichten auf eine demokratisch organisierte und legitimierte und dennoch effektive Strategie zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeitswende ist dies jedoch fatal (vergl. Blühdorn 2006).

Hinsichtlich des sich wandelnden Verständnisses von Emanzipation (und damit auch der Stoßrichtung emanzipatorischer Bewegungen) können wir die deutsche Nachkriegsgeschichte in etwas vereinfachender Art und Weise in drei einander überschneidende Entwicklungsphasen einteilen:

Zunächst die bis in die sechziger Jahre dominante Stufe der weitgehend unpolitischen Bürger, die den Kantischen „Auszug aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit“ noch nicht vollzogen hatten und die politische Verantwortung paternalistischen Treuhändern überließen.

Zweitens die in den siebziger Jahren zu Durchschlagskraft gelangende Phase der partizipatorischen Revolution, in der die zunehmend selbstbewussten Bürger die Entmachtung der traditionellen Eliten betrieben und die zivilgesellschaftliche Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Selbstverantwortung einforderten.

Drittens die sich seit den neunziger Jahren abzeichnende Phase der Entpolitisierung, in der politische Verantwortung zunehmend an vermeintlich apolitische Institutionen und Dienstleister übertragen wird, von denen im Gegenzug Transparenz und Rechenschaft verlangt wird.

Diese dritte Phase wird häufig mit negativ konnotierten Begriffen wie Politik- oder Demokratieverdrossenheit beschrieben wird. Wir können sie aber auch positiv als die Phase der Befreiung von ideologischen Begrenztheiten, von moralischen und intellektuellen Selbstüberforderungen und als die Entlastung von überzogenen Erwartungen an die Kompetenz und Verantwortungsfähigkeit der Bürger beschreiben.

Das emanzipatorische Projekt hätte aus dieser Perspektive betrachtet dann also zwei Stufen:

Emanzipation erster Ordnung ist die Befreiung von der Vormundschaft der Eliten. Die Bürger verstehen sich selbst als das Subjekt der authentischen Vernunft und übernehmen selbst die Verantwortung für das Gemeinwohl, das sie deliberativ-demokratisch bestimmen und politisch umsetzen wollen.

Emanzipation zweiter Ordnung – oder *reflexive* Emanzipation – ist die partielle Befreiung von der zuvor erstrittenen Selbstverantwortung. Zwar verstehen sich die Bürger weiter als Prinzipal und artikulieren entsprechende Ansprüche und Erwartungen, sie delegieren aber die Verantwortung für die Umsetzung zunehmend an *service provider*, Dienstleister, von denen kompetente, transparente und effiziente (professionelle) Arbeit erwartet wird. Die Bürger selbst konzentrieren sich demgegenüber auf die immer anspruchsvollere Aufgabe des Selbst- und Lebensmanagements in einer erheblich beschleunigten, verdichteten und komplexer gewordenen Lebenswelt.

Diese Emanzipation zweiter Ordnung ist nicht nur unmittelbar verbunden mit dem zeitgenössischen Ideal der komplexen und flexiblen Identität, sondern sie ist wesentlich mitverantwortlich für den Vormarsch von Entpolitisierung und Expertenherrschaft.

Zusammen mit der Verflüssigung und Verflüchtigung des bürgerlichen Ideals des identischen Subjekts ist sie der Kern dessen, was ich in Anlehnung an Colin Crouch (2008) als *postdemokratische Wende* bezeichnen möchte (vergl. Blühdorn 2006, 2007, 2009a).

Mit der postdemokratischen Wende wird die Zukunftsfähigkeit der Demokratie selbst zum Problem, und die Zweidimensionalität der Frage, die wir hier zu bearbeiten haben, tritt nun deutlicher denn je ins Relief. Zu unterscheiden sind:

Erstens die Frage nach dem derzeitigen Zustand und den weiteren Entwicklungsaussichten der Demokratie selbst; und zweitens die Frage, inwieweit die Demokratie in der Lage ist, die sich zuspitzende Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitskrise zu bewältigen. Diese beiden Fragen sind eng miteinander verbunden, aber doch analytisch klar voneinander getrennt.

In seinem 2009 erschienenen Buch *Ist die Demokratie zukunftsfähig?* kommt Otfried Höffe nach umfänglicher Analyse, die die beiden Dimensionen übrigens leider nicht sauber voneinander trennt, in beiden Hinsichten zu einem insgesamt positiven Ergebnis. Höffe bescheinigt der Demokratie recht unbesorgt ein „hohes Maß an Zukunftsfähigkeit“ (Höffe 2009: 243f).

Colin Crouch zum Beispiel hat aber bekanntlich eine genau gegenteilige Diagnose gestellt und das Zeitalter der *Postdemokratie* ausgerufen. In modernen Konsumentendemokratien, sagt Crouch, seien die demokratischen Institutionen und Prozesse „zu einem reinen Spektakel verkommen“, die Mehrheit der Bürger spiele nur noch eine „apathische Rolle“ und „die reale Politik [werde] hinter verschlossenen Türen gemacht“ (Crouch 2008: 10). Leider erspart sich aber auch Crouch die genauere Analyse des Wandels demokratischer Normen und Erwartungen.

Vielmehr hält er an den traditionellen Normen der Demokratie uneingeschränkt fest und benutzt den Begriff der Postdemokratie lediglich als polemischen Kampfbegriff mit dem er zur Revitalisierung der Demokratie und zur Kampagne für die Einlösung des demokratischen Versprechens mobilisieren will.

Insofern vertritt Crouch bestenfalls ein *schwaches Verständnis* von Postdemokratie. Meinem eben ausgeführten Begriff der postdemokratischen Wende liegt demgegenüber ein wesentlich stärkeres Verständnis des Begriffes zugrunde. Dieses *starke Verständnis* geht davon aus, dass die postdemokratische Wende zwar gewissermaßen das Gegenstück zur partizipatorischen Revolution und ihrer *do-it-yourself*-Politik ist, gleichzeitig aber auch eine systemkonform gewendete Weiterführung der emanzipatorischen Agenda.

Und genau dies ist auch der Grund, warum die von Crouch, Siller, Leggewie, Welzer und so vielen anderen geforderte Revitalisierung der Demokratie so ohne weiteres gar nicht möglich ist. Die postdemokratische Wende entspricht nämlich gewissermaßen den gewandelten Bedürfnissen und Erwartungen reflexiv emanzipierter Bürger. Sie ist fest eingebettet in die schwerlich umkehrbare Wende zur Dienstleistungsgesellschaft und den besprochenen Kulturwandel hin zur Norm der *liquid identity*.

Wenn es nun diesen Transformationsprozeß, den ich als postdemokratische Wende beschreibe, wirklich gibt, dann sieht es wohl mit den Fähigkeiten der Demokratie, die Wende zur Nachhaltigkeit zu organisieren nicht gut aus; dann gibt es wenig Hoffnung, dass die Demokratie dem Klimaschutz und dem Ziel der Nachhaltigkeit zuträglich sein könnte; dann ist es wohl illusorisch zu glauben, dass sich auf demokratischem Wege ein politischer Ordnungsrahmen setzen und durchzusetzen ließe, der der technologischen Innovation eine ökologische und soziale Richtung gibt und die bereits vorhandenen Technologie und soziale Praxis in nachhaltiger Weise umstrukturiert.

Daraus folgt nun zwar keineswegs, dass die Expertokratie dazu etwa eher in der Lage wäre – dafür gibt es wenig Anzeichen – aber die politischen Kapazitäten der Demokratie, die schon vor der partizipatorischen Revolution von vielen als eher moderat eingeschätzt wurden, sind im Zeichen der postdemokratischen Wende wohl noch geringer geworden. Das von den emanzipatorischen sozialen Bewegungen und auch den Grünen gehegte tiefe Vertrauen in die Demokratisierung der Demokratie als zentralem Mittel der Klima- und Umweltpolitik wird mit der postdemokratischen Wende tief erschüttert.

Wir befinden uns also in einem veritablen Dilemma. Dieses Dilemma besteht darin, dass es weder für technokratischen noch für demokratischen Optimismus wirklich viel Grund gibt – zumindest nicht annähernd in dem Maße wie Peter Siller, Claus Leggewie, die Grünen, die HBS und viele andere dies aus durchaus verständlichen Gründen verkünden.

Politisch ist dieses Dilemma schwer zu ertragen, doch in einer wissenschaftlich orientierten Vortragsreihe mit dem Titel *Vordenken* muß es möglich sein – ja ist es unbedingt geboten – über den etwas flachen, politisch motivierten Mobilisierungsoptimismus grüner Akteure hinauszudenken, zumal dieser verordnete Optimismus der grünen Sache tatsächlich wohl eher abträglich als zuträglich ist.

Abschließend also einige Überlegungen zu der Frage, wie man mit dem festgestellten Dilemma konstruktiv umgehen kann.

6. Gegen eine Politik der Nicht-Nachhaltigkeit

Ohne diese Annahme hier näher begründet zu haben bin ich mit Peter Siller, der HBS und den Grünen in diesem Vortrag davon ausgegangen, dass Entpolitisierung und Expertenherrschaft in der Klima- und Umweltpolitik kein aussichtsreicher Weg und daher abzulehnen sind. Aus der Diagnose, dass etablierte und in mancherlei Hinsicht deutlich erodierende Demokratien wohl nur in sehr eingeschränktem Maße über die Kraft verfügen, auf demokratischem Wege einen politischen Ordnungsrahmen, wie die Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitskrise ihn dringend erfordern, zu schaffen und umzusetzen kann also nur der Schluss gezogen werden, dass die Kraft der Demokratie deutlich gestärkt werden muss.

Dies kann man nun sicher nicht erreichen, indem man schlicht mehr Partizipationsmöglichkeiten und direkte Demokratie, bessere politische Repräsentation, mehr Transparenz und mehr Bürgerinformation einfordert. In diesen Bereichen gibt es unbestritten Verbesserungsbedarf, doch angesichts des Kulturwandels, den ich mit den Begriffen der *liquid identity*, der reflexiven Emanzipation und der postdemokratischen Wende beschrieben habe, sollte klar sein, dass hier weder das eigentliche Problem liegt, noch wirklich eine Lösung zu erwarten ist (vergl. Blühdorn 2006).

Ebensowenig sind eine Stärkung der Demokratie und eine demokratische Lösung der Klima- und Nachhaltigkeitskrise davon zu erwarten, dass man den technologischen Fortschritt forciert. Auch hier besteht sicher ein Bedarf, und innovative Effizienztechnologien können ohne Zweifel Arbeitsplätze schaffen, Wettbewerbsvorteile sichern, Zukunftsmärkte eröffnen und die Lebenserwartung der Industriegesellschaft verlängern. Aber auch bei den Effizienztechnologien liegt nicht das eigentliche Problem, denn wenn es bisher am politischen Willen und der demokratischen Kraft gefehlt hat, die bereits vorhandenen Technologien in ökologisch und sozial effektiver Art und Weise einzusetzen (Blühdorn 2010), dann gibt es keinen

Grund zu der Annahme, dass die forcierte technologische Innovation dies grundsätzlich ändern könnte.

Eine aussichtsreiche Klima- und Nachhaltigkeitspolitik, die den Kampf gegen Entpolitisierung und Expertenherrschaft sowie die Grüne Verpflichtung auf die Prinzipien der partizipativen Demokratie wirklich ernst nimmt, muß daher in allererster Linie darauf zielen, im Demos das normative Kapital und die kulturellen Ressourcen aufzubauen, die unverzichtbar gebraucht werden, wenn Expertenkommissionen, Märkte und technologische Innovationsprozesse demokratisch kontrolliert und auf das Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden sollen.

In der Praxis bedeutet dies vor allem die aktive Repolitisierung und Neuverhandlung der gesellschaftlichen Vorstellungen von Freiheit, Individualität, Identität, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Für politische Akteure, denen es wirklich „ums Ganze“ geht, die eine „Klimapolitik ohne Wenn und Aber“ nicht nur versprechen, und denen es mit dem „Grünen Neuen Gesellschaftsvertrag“ ernst ist, ist also die dringende Baustelle nicht die viel beschworene „dritte industrielle Revolution“, sondern die Werte- und Kulturrevolution, ohne die es einen demokratisch verhandelten und ökologisch-sozial effektiven Ordnungsrahmen für die Wirtschaft und starke politische Leitplanken für den Markt nicht geben kann.

Ob eine solche Werte- und Kulturrevolution wirklich möglich und aussichtsreich ist steht angesichts der hier vorgetragenen Analyse dahin. Doch angesichts des erheblich überdimensionierten ökologischen Fußabdrucks moderner Lebensstile und der sich stetig verschärfenden sozialen Ungleichheit steht außer Frage, dass die Ressourcenintensität heutiger Lebensweisen und Selbstverwirklichungsformen radikal vermindert werden muss. Innovative Effizienztechnologien können hier einen Beitrag leisten, aber selbst wenn die Politik die Kraft hätte, ihre Entwicklung erheblich zu beschleunigen und ihre konsequente Anwendung wirklich durchzusetzen, kann die Effizienztechnologie allein diese Aufgabe nicht annähernd bewältigen.

Das auf etwas vereinfachende Weise berechnete dafür aber sehr griffige Ziel eines klimagerechten Lebensstils, der pro Person nicht mehr als 2,5 Tonnen CO₂ im Jahr produziert, macht unmissverständlich deutlich, dass die Begriffe der Begrenzung, der Suffizienz und der Frugalität unverzichtbar wieder auf die Tagesordnung müssen. In den siebziger und frühen achtziger Jahren hatten Hans Jonas und viele andere von Askese, Verzicht und Disziplin gesprochen (Jonas 1984: 264). In ihrem bereits wiederholt zitierten Buch betont Laura Westra, „die weitere Ausdehnung individueller Rechte“ sei „aus der Umweltperspektive nicht wünschenswert“ (Westra 1998: 57; vergl. auch 252).

Askese, Verzicht und Disziplin sind heute negativ besetzte Begriffe. Moralische Pflicht und kategorische ökologische Imperative sind im Zeitalter der Flexibilität und Unverbindlichkeit keine im Alltagsdiskurs anschlussfähigen Kategorien. Und die

Begrenzung individueller Rechte und Freiheiten scheint mit dem Ideal einer progressiven, einer emanzipativen Politik unvereinbar.

Dennoch: Wenn die Gegner von Entpolitisierung und Expertenherrschaft diese Themen nicht aktiv aufgreifen, wird es kaum gelingen, in der Gesellschaft eine normative Basis zu verankern, auf deren Grundlage eine demokratische Bewältigung des Klimawandels überhaupt erst möglich werden kann.

Der Begriff der Emanzipation, der *Befreiung* von der Mobilitätssucht, dem Innovationszwang, der Konsumabhängigkeit, dem Wachstumsimperativ usf. wäre hier der zentrale Ansatzpunkt von dem aus etablierte Normen von Freiheit, Individualität, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung aufgebrochen werden müssten.

Die Heinrich Böll Stiftung und Bündnis 90/Die Grünen wären hier als *agenda setter* gefordert. Sie haben immer für sich in Anspruch genommen eine politische Avantgarde zu sein und bestehen bis heute darauf, allein das „ökopolitische Original“ zu sein. Entsprechend müsste man von den Grünen erwarten, dass sie federführend die Debatte z.B. um die Entschleunigung, die Deautomatisierung, die Exnovation, um die Entrümpelung unserer Konsumwelten oder um die Postwachstumsökonomie gestalten.

Klimawandel erzwingt Kulturwandel! Doch diese Debatten finden einstweilen vorwiegend woanders statt, und die HBS, die Grünen und das Wuppertal Institut haben sich zunächst in der Verlängerung und Vertiefung der Logik, Werte und Erwartungen der Nichtnachhaltigkeitskultur festgefahren.

Die Grünen haben natürlich mit der Agenda der Suffizienz ein fundamentales Problem, nicht nur weil es ihnen noch nie wirklich gelungen ist, die Spannung zwischen Selbstbefreiung und Selbstbegrenzung aufzulösen, in der ihre Politik seit je her steht, sondern mehr noch weil sie eine Wählerklientel vertreten, bei der sich die Einsicht in die unbedingte ökologische und soziale Notwendigkeit radikaler Einschnitte und Veränderungen oft auf sonderbare Weise paart mit der unerschütterlichen Entschiedenheit, dass die persönlichen Freiheiten und Lebensstile, seien sie nun nachhaltig oder nicht, in ihren Grundzügen auf keinen Fall zur Diskussion stehen.

Tatsächlich ist gerade die Grüne Wählerklientel zu guten Teilen paradigmatisch für das, was ich in anderen Kontexten verschiedentlich als die *politics of unsustainability*, also die Politik der Nicht-Nachhaltigkeit beschrieben habe (verg. z.B. Blühdorn 2008a,b, 2009b), und so zielt Grüne Politik am Ende viel mehr auf Kontinuität des Bestehenden als auf radikalen Wandel.

Verstehen wir uns nicht falsch: Aus klima- und nachhaltigkeitspolitischer Sicht gibt es zu Bündnis 90/Die Grünen weder im deutschen Parteiensystem noch international irgend eine auch nur einigermaßen ernst zu nehmende Alternative. Trotzdem aber gilt: Aus politisch verständlicher Angst vor Botschaften, die nicht populär sind, schrecken

die Grünen bisher vor den entscheidenden Debatten zurück und beschränken sich stattdessen auf die leichter zu vermittelnden Themen der technologischen Innovation, der Effizienzgewinne, der grünen Jobs und des qualitativen Wachstums. Aus Sorge um ihre Popularität sprechen sie die Bürger vor allem als Kostenminimierer, als Innovationsjäger und als Konsumenten an – und reproduzieren und bestärken damit genau die Logik, die sie eigentlich grundsätzlich in Frage stellen müßten.

Solange die Grünen aber vor den Themen der Beschränkung, Begrenzung und Genügsamkeit zurückschrecken und diese Themen schlicht als nicht politikfähig behandeln, tragen sie selbst aktiv zur Entpolitisierung des Umweltthemas bei. Denn auch die Flucht vor der unvermeidlichen und genuin politischen Neuverhandlung von Normen der Freiheit, Individualität und Selbstverwirklichung ist eine Form der Entpolitisierung. Und die Fixierung auf die technologische Lösung war schon immer der Versuch zu entpolitisieren.

Zudem leisten die Grünen mit ihrer zu einseitigen Betonung der technologischen Effizienzrevolution auch selbst der Expertenherrschaft Vorschub. Denn nicht nur liegt die technologische Innovation fest in Expertenhand, sondern sie wird – wie die inzwischen umfangreiche Erfahrung mit Ansätzen der ökologischen Modernisierung hinlänglich zeigt – das Ziel der Nachhaltigkeit notwendig verfehlen. Die Krise wird sich also weiter zuspitzen, so dass schließlich der ökologische Notstand noch dringender scheinen wird und die Notwendigkeit schneller, effektiver und undemokratischer Politik noch unausweichlicher.

Deshalb: Wer die Entpolitisierung und Expertenherrschaft wirklich verhindern will, der muß also vor allem am normativen Fundament, am kulturellen Kapital arbeiten, das für die demokratische Bewältigung der Nachhaltigkeitskrise unabdingbar ist. Wer demgegenüber zu einseitig auf technologische Innovation und Effizienz setzt und damit die etablierte Logik der Modernisierung weiter verfestigt, der wird ungewollt die noch vorhandenen Reste der unverzichtbaren kulturellen Ressourcen noch weiter auszehren. Die Grünen laufen also Gefahr, selbst zum Promoter dessen zu werden, wogegen sie sich stellen. Und es könnte ihnen passieren, dass sie selbst zum Akteur dessen zu werden, was ich die *politics of unsustainability* nenne.

Literaturverweise

- Bauman, Zygmunt (2003) *Flüchtige Moderne*, Frankfurt: Suhrkamp
- Blühdorn, Ingolfur (2006) 'billig will Ich: Post-demokratische Wende und Simulative Demokratie', in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 19, Heft 4, pp.72-83
- Blühdorn, Ingolfur (2007) 'The Third Transformation of Democracy: On the Efficient Management of Late-modern Complexity', in: Blühdorn, Ingolfur / Jun, Uwe (Hg.) *Economic Efficiency – Democratic Empowerment. Contested Modernisation in Britain and Germany*, Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield (Lexington), pp.299-331
- Blühdorn, Ingolfur (2008a) 'Klimadebatte und Postdemokratie: Zur gesellschaftlichen Bewältigung der Nicht-Nachhaltigkeit', in: *Transit – Europäische Revue* Nr.36, pp.46-64

- Blühdorn, Ingolfur (2008b) *The Politics of Unsustainability. Eco-Politics in the Post-Ecologist Era* (hrsg. mit Ian Welsh), London/New York: Routledge,.
- Blühdorn, Ingolfur (2009a) 'Democracy beyond the Modernist Subject: Complexity and the Late-modern Reconfiguration of Legitimacy', in: Blühdorn, Ingolfur (Hg.) *In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Societal Complexity*, Opladen/Farmington Hills, MI: Barbara Budrich, pp.17-50
- Blühdorn, Ingolfur (2009b) 'Locked into the Politics of Unsustainability', in: *Eurozine*, 30. Oktober 2009 [<http://www.eurozine.com/articles/2009-10-30-bluhdorn-en.html>]
- Blühdorn, Ingolfur (2010) 'Win-Win-Szenarien im Härtesten. Die Umweltpolitik der Großen Koalition 2005-2009', in: Bukow, Sebastian / Seeman, Wenke (Hrsg.) *Die Große Koalition – Eine Bilanz*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, pp.209-225
- Burnell, Peter (2009a) „Klima und Demokratie“
<http://www.boell.de/oekologie/gesellschaft/oekologie-gesellschaft-7448.html> [3. Juni 2010]
- Burnell, Peter (2009b) „Climate Change and Democratisation: A Complex Relationship“
http://debatte.boellblog.org/files/2010/04/Peter_Burnell.pdf [3. Juni 2010]
- Crouch, Colin (2008) *Postdemokratie*, Frankfurt: Suhrkamp
- Dalton, Russell (2004) *Democratic Challenges, Democratic Choices*, Oxford: Oxford University Press
- Embacher, Serge (2009) *Demokratie! Nein Danke?*, Bonn: Dietz
- Giddens, Anthony (2008) „Klimapolitik: Nationale Antworten auf die Herausforderung der globalen Erwärmung“ in: *Transit. Europäische Revue* Nr. 36 (Winter 2008/09), S. 7-26
- Giddens, Anthony (2009) *The Politics of Climate Change*, Cambridge: Polity
- Höffe, Otfried (2009) *Ist die Demokratie zukunftsfähig?* München: C.H.Beck
- Jonas, Hans (1984) *Das Prinzip Verantwortung*, Frankfurt: Suhrkamp
- Leggewie, Claus / Welzer, Harald (2008) „Können Demokratien den Klimawandel bewältigen?“ in: *Transit. Europäische Revue* Nr. 36 (Winter 2008/09), S. 27-45
- Maier, Jürgen (2000) *Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen*, Opladen: Leske + Budrich
- Rees, William / Wackernagel, Mathis (1996) *Our Ecological Footprint*, Gabriola Island, BC: New Society
- Siller, Peter (2010) „Demokratie und Klimawandel: Ökologen als Vordenker einer Expertokratie?“ <http://www.boell.de/stiftung/akademie/akademie-postdemokratie-expertokratie-8729.html> [3. Juni 2010]
- Wiesendahl, Elmar (2006) *Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Westra, Laura (1998) *Living in Integrity: A Global Ethic to Restore a Fragmented Earth*, Lanham (MA): Rowman & Littlefield